

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Dr. Reinhard Loske, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Kai Gehring, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schnelle Einführung innovativer erneuerbarer Energien nur mit Atomausstieg – Ablehnung der Laufzeitverlängerung für Biblis A ein richtiger Schritt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ein Weiterbetrieb alter, längst abgeschriebener Atomreaktoren ist klimapolitisch kontraproduktiv, da wichtige und klimapolitisch notwendige Investitionen in die überfällige Modernisierung des Kraftwerksparks in Deutschland unterbleiben. Ein Weiterbetrieb alter Atomanlagen wird somit zu einem Hindernis für Investitionen in klimafreundliche erneuerbare Energien wie Photovoltaik, Windenergie, Biogas oder Erdwärme. Der Altreaktor Biblis steht somit der schnellen Einführung innovativer Energietechnologien im Weg.

Das Atomkraftwerk Biblis A hat große bauliche Defizite und ist nicht ausreichend gegen terroristische Angriffe gerüstet. Obwohl nur wenige Flugminuten vom größten deutschen Flughafen entfernt, ist der Atommeiler nicht gegen den Absturz eines Passagierflugzeuges ausgelegt. Seit Anfang der 80er Jahre wird die Nachrüstung einer eigenen verbunkerten Notstandswarte, wie sie bei allen anderen deutschen Atomkraftwerken (AKW) vorhanden ist, angemahnt. Eine solche fehlt jedoch bis heute.

Atomkraft leistet darüber hinaus keinen Beitrag zum Klimaschutz. Die 17 deutschen AKW erbringen gerade einmal einen Anteil von 6 Prozent an der gesamten Endenergieerzeugung in Deutschland. Die vier ältesten AKW, deren Abschaltung voraussichtlich noch in dieser Legislaturperiode bevorsteht, tragen gerade einmal 1,1 Prozent zur Deckung des Endenergiebedarfs bei. Betrachtet man darüber hinaus die gesamte Produktionskette vom Uranabbau bis zur Entsorgung, erzeugt die Atomkraft CO₂, das den ohnehin marginalen Beitrag der Atomkraft zum Klimaschutz weiter reduziert.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die Entscheidung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die vom Energiekonzern RWE im September 2006 beantragte Übertragung von Strommengen des stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich auf das AKW Biblis A abzulehnen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit handelt damit nach Recht und Gesetz.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
am Atomkonsens festzuhalten und auch weitere Anträge auf Laufzeitverlänge-
rung alter unsicherer Atomreaktoren abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion